

Aktuelles | Politik | Gewalt gegen Frauen | Prävention | Istanbul Konvention

WirALLE bei Bundesfamilienministerin Lisa Paus

Berlin, 04. Dezember 2023 – Das hat es so noch nie gegeben: Erstmals haben sich mit WirALLE von häuslicher Gewalt Betroffene mit zahlreichen Fachexpertinnen und Fachexperten sowie mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammengeschlossen. Ihr gemeinsames Manifest „WirALLE gegen Gewalt an Frauen“ stellten sie zum Auftakt der diesjährigen 16 Days of Activism Against Gender-Based Violence Bundesfamilienministerin Lisa Paus vor.



Übergabe des *WirALLE*-Manifests an Bundesfamilienministerin Lisa Paus am 23. November 2023.
v.l.n.r.: Anna Sophie Herken (#DieNächste), Iris Brand (#DieNächste), Bundesministerin Lisa Paus, Tina Steiger (#DieNächste), Elke Ferner, Vorstandsvorsitzende UN Women Deutschland, Karin Lange, Pressesprecherin Union deutscher Zonta Clubs. Foto © BMFSFJ, Dominik Butzmann, [phototek.de](https://www.phototek.de)

Warum es für die Zukunft unserer Gesellschaft auf eine länder- und ressortübergreifende Gesamtstrategie zur sofortigen Umsetzung der Istanbul-Konvention ankommt, das verdeutlichten unlängst beim Treffen mit Bundesfamilienministerin Lisa Paus stellvertretend für *WirALLE* aus Betroffenenensicht Iris Brand, Anna Sophie Herken, Tina Steiger und Angelique Yumusak von #DieNächste sowie aus Fachsicht die Psychiaterin Gisela Eichfelder, Mitglied des Zonta Club Alzenau in Bayern.

Zusammen mit UN Women Deutschland und der Union deutscher Zonta Clubs, überreichten die Initiatorinnen von #DieNächste Bundesfamilienministerin Lisa Paus das gemeinsam verfasste Manifest „*WirALLE* gegen Gewalt an Frauen“. An dem Austausch mit Vertreterinnen von Initiativen und Organisationen zum

Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt, zu dem die Bundesfamilienministerin im Vorfeld des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen eingeladen hatte, beteiligten sich auch weitere Erstunterzeichnende des *WirALLE*-Manifests. Im Zentrum des Gesprächs standen Fragen zum aktuellen Stand der mit dem Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2021 vereinbarten Maßnahmen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention.

Betroffene in Umsetzungsprozess einbeziehen

Zu den Kernforderungen von *WirALLE* zählt die Einbeziehung von Betroffenen in die weitere Maßnahmenplanung. Aus dem gemeinsamen Treffen nähme sie vor allem auch dieses Anliegen mit, betonte Lisa Paus. Die Bundesministerin hatte zuvor ein neues „Gewalthilfegesetz“ noch für diese Legislaturperiode angekündigt. Mit dem Gesetz soll jede von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt betroffene Frau mit ihren Kindern einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung erhalten.

Rechtssicherheit gewährleisten, Prävention und Täterarbeit ausbauen

Neben Rechtssicherheit sowie dem garantierten Zugang zu Schutz, Hilfe und Beratung für alle von geschlechtsbezogener Gewalt Betroffenen, einschließlich ihrer Kinder, fordert das Manifest, das sich an Politik, Gesellschaft und Medien wendet, auch den bundesweiten Ausbau der Präventions- und Täterarbeit. Gemeinsam mit den Betroffenen-Initiativen, #DieNächste, One Billion Rising München e. V. und #T.o.B.e. e. V., der Koordinierungs- und Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking (KIS) Leipzig, der Union deutscher Zonta Clubs sowie UN Women Deutschland zählen insgesamt 77 Organisationen und Institutionen aus unterschiedlichsten Bereichen der Zivilgesellschaft zu den Erstunterzeichnenden.

Es ist ein Anfang: „*WirALLE* treten so lange laut dafür ein, bis die geforderten Maßnahmen umgesetzt sind und bis geschlechtsbezogene Gewalt erkennbar und wirkungsvoll durch uns alle angegangen und gestoppt wird“, heißt es im Manifest. Mit weiteren *WirALLE*-Aktionen darf also gerechnet werden.

Weitere Informationen

Das Manifest „WirALLE gegen Gewalt an Frauen“

Das Manifest ist im Wortlaut hier zu lesen und kann online von allen Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern unterschrieben werden, die es unterstützen möchten: <https://wiralle.org/>

Nach wie vor aktuell und ohne Antwort

Lesen Sie hier den offenen Brief an Bundeskanzler Scholz aus dem vergangenen Jahr: <https://t1p.de/ZontaUnionOffenerBrief>

Mehr zu Zonta Says NO, auch zum Hören

Mehr zu Zonta Says NO finden Sie unter www.zontasaysno.de . Unter Google Maps

<https://www.google.com/maps/d/u/0/edit?mid=1cAYZ3E25YF2ZxbiOD7qCDCIvuXTbboU&ll=49.75713267248423%2C12.686141065033668&z=5>

können Sie sich einen Überblick über die diesjährigen bundesweiten Orange The World Aktionen von Zonta im Rahmen der 16 Days of Activism Against Gender-Based Violence verschaffen. Diese beginnen jeweils am 25. November, dem Internationalen Tag zur Beendigung von Gewalt an Frauen, und enden zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember.

Der von Grabarz & Partner zusammen mit Studio Funk produzierte und gesponserte Zonta Says NO Radiospot „**Ich habe gehört**“ schafft ein eingängiges Hörmoment. Er steht allen Sendern für die Ausstrahlung zur freien Verfügung:

<https://t1p.de/IchHabeGehoert>

Pressekontakt:

Für weitere Materialien und bei Interviewwünschen wenden Sie sich bitte an:

Karin Lange, Pressesprecherin der Union deutscher Zonta Clubs

Tel.: +49 175 2604260 E-Mail: presse@zonta-union.de

Hintergrund

Über Zonta International

Die global agierende Nichtregierungsorganisation Zonta International wurde am 8. November 1919 in Buffalo, New York, von engagierten Frauen gegründet. Überparteilich und überkonfessionell setzen sich heute rund 1.100 Clubs mit mehr als 25.000 Mitgliedern in 63 Ländern weltweit für die Rechte von Frauen und Mädchen ein.

Seit 1969 engagiert sich Zonta International mit generellem konsultativem Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen ECOSOC unter anderem in New York am Hauptsitz der UN, in Genf bei ILO und WHO, in Wien bei UNODC, in Bangkok bei ESCAP und bei der UNESCO in Paris für die Rechte von Frauen und Mädchen und die Umsetzung der UN-Frauenrechtskonvention CEDAW (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women). Als erster Mittelgeber aus dem Privatsektor fördert Zonta International das von UNICEF U.S.A. und UNFPA geführte Global Programme zur Beendigung von Kinderheiraten. Zonta International ist außerdem mit partizipatorischem Status beim Europarat (CoE) vertreten und setzt sich in Europa und darüber hinaus für die Ratifizierung und Umsetzung der Istanbul-Konvention ein. Mit Ute Scholz steht für die zweijährige Amtszeit von 2022 bis 2024 zum zweiten Mal in der Geschichte der Nichtregierungsorganisation berufstätiger Frauen eine deutsche Präsidentin an der Spitze von Zonta International.

Mehr zu Zonta International unter www.zonta.org

Über die Union deutscher Zonta Clubs

Die Union deutscher Zonta Clubs ist der Zusammenschluss von 138 deutschen Zonta Clubs mit 4.000 Mitgliedern. Sie ist eingebettet in das globale Netzwerk von Zonta International und ist Mitglied im Deutschen Frauenrat. Präsidentin der Union deutscher Zonta Clubs im Biennium 2022 bis 2024 ist Katja Kamphans vom Zonta Club Hanau.

Mehr zur Union deutscher Zonta Clubs unter <https://zonta-union.de/>